Nr. 226
A 115

Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 15. Mai 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Dr. Sven v. Müller Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Grandi will abreisen

Letzte Besprechung mit Briand

Genf, 14. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Der italienische Außenminister Grandi wird, wie heute bekannt wurde, **bereits morgen mittag Genf verlassen und nach Rom zurückkehren. Das heutige etwa 1½stündige Teegespräch zwischen Grandi und Briand wird in italienischen Kreisen im Gegensatz zu den Vorankündigungen als eine einfache Fortsetzung der Londoner Besprechungen bezeichnet und nicht als Aufnahme einer Generaldiskussion der Beziehungen Frankreichs und Italiens.** Ueberhaupt fährt man in der italienischen Delegation fort, die Unterhandlungen als auf sehr lange Sicht zu behandeln und zeigt sich nach berühmten Mustern überaus geduldig, indem man sich wahrscheinlich den Vorteil desjenigen erhofft, der am längsten warten kann.

„Wir haben es durchaus nicht eilig“ — diese Worte aus dem Munde eines gut unterrichteten italienischen Gewährsmannes scheinen das Motto der französisch-italienischen Besprechungen von Genf zu sein, das angesichts der fehlenden italienischen Ungeduld sich übrigens auch der kluge Briand sofort zu eigen gemacht hat. Er sagte heute abend französischen Journalisten in seiner beliebten scherzenden Art, daß die Unterhandlungen natürlich fortgesetzt würden, daß er ja morgen Grandi noch am Ratstisch sehen würde, wo er dessen Nachbar ist. „Und dann“, so fügte Briand, der sonst ein großer Freund persönlicher Aussprachen ist, hinzu, „wozu haben wir denn unsere ausgezeichneten Diplomaten? Die werden die Unterhaltungen eben fortsetzen, bis wir uns wiedersehen.“

Ueber den sachlichen Inhalt des Gespräches verlautet nichts Bestimmtes, doch weiß man schließlich, was die Italiener wollen und was die Franzosen nicht wollen. **Wovon jedenfalls bestimmt nicht die Rede war, das ist die in hiesigen englisch-amerikanischen Kreisen wieder einmal aufgebrachte Formel von der möglichen Abtretung des französischen Mandates über Syrien an Italien.** Wenn von Mandatsgebieten die Rede gewesen sein sollte, so dürfte es sich wohl höchstens um Kamerun gehandelt haben. Aber auch das ist mehr als zweifelhaft.

Vertrauenswürdige Informatoren wissen denn auch nichts von so substantiellen Gesprächen und behaupten vielmehr, daß die Genfer Unterredung bisher über die allgemeinen Grundsätze der Seerüstungsfrage, wie sie aus den monatelangen Verhandlungen der Londoner Konferenz sattsam bekannt sind, nicht hinausgediehen sind, und daß nur gelegentlich einzelne Fragen der allgemein-politischen Beziehungen Frankreichs zu Italien besprochen wurden, aber keinerlei „französische Kompensationen“ für einen etwaigen Verzicht Italiens auf die Flottenparität.

Was Frankreich geben wollte

Paris, 14. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Unterhaltung zwischen Briand und Grandi dürfte kaum über den Rahmen einer losen und unverbindlichen Fühlungnahme hinausgegangen sein, und es ist deshalb nur verständlich, wenn alle seriösen Blätter, mit dem „Temps“ an der Spitze, die französische Oeffentlichkeit davor warnen, schon jetzt greifbare Resultate erwarten zu wollen. **Die materiellen Gegensätze zwischen Paris und Rom sind so groß; sie haben außerdem durch die Polemiken der letzten Zeit eine neue Verschärfung erfahren, das schon die Wiederaufnahme der vor Monaten als aussichtslos abgebrochenen Verhandlungen als ein bemerkenswerter Fortschritt angesehen werden muß.** Daß es auf beiden Seiten sehr viel guten Willens und sehr viel Entgegenkommens bedarf, um zu einer Verständigung zu gelangen, weiß man nirgends besser als in Paris, wo man sich bereits in früheren Stadien der Aussprache zu sehr weitgehenden Konzessionen bereit gezeigt hat.

Nach einer heute von Sauerwein im „Matin“ veröffentlichten Information sollen es nicht weniger als 40 000 Quadratkilometer gewesen sein, die die französische Regierung in Nordafrika den italienischen Wünschen nach einer Berichtigung der tripolitanischen Grenze preiszugeben bereit war. Die italienische Regierung soll jedoch darüber hinaus weitere 20 000 Quadratkilometer verlangt haben, und an dieser Mehrforderung haben sich im Oktober des vorigen Jahres, also bereits lange vor der Londoner Konferenz, die Verhandlungen endgültig zerschlagen.

Sauerwein läßt durchblicken, daß die französische Regierung heute bereit wäre, der Verständigung mit Italien auch diese 20 000 Quadratkilometer zu opfern, daß inzwischen aber neue Schwierigkeiten entstanden sind; nicht nur in Gestalt der Kontroverse um die französisch-italienische Flottenparität, **sondern vor allem auch durch neue italienische Forderungen politischer Natur, die nichts Geringeres als einen formalen Verzicht Frankreichs auf das Bündnis mit Jugoslawien zum Gegenstande haben sollen.** Wenn man einstweilen hier auch noch einige Hoffnungen auf die Vermittlerrolle zu setzen scheint, die England in der französisch-italienischen Auseinandersetzung übernommen hat, so läßt doch schon allein diese für Frankreich völlig undiskutierbare Zumutung den Pessimismus gerechtfertigt erscheinen, mit dem man in unterrichteten diplomatischen Kreisen der Fortsetzung der kaum begonnenen Aussprache entgegensieht.

Bestochene Minister

Japans schwierigstes Kapitel

Von

Richard Katz,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Nara (Japan), 25. April

Zwei Minister des früheren Kabinetts sitzen seit Monaten in Untersuchungshaft. Nun ist die Untersuchung gegen sie abgeschlossen und hat sie so schlüssig der Korruption überführt, daß an ihrer Verurteilung nicht zu zweifeln ist. Der Eisenbahnminister Ogawa hatte sich Bahnkonzessionen mit insgesamt 600 000 Yen bezahlen lassen (und das sind 1,2 Millionen Mark!) und der Unterrichtsminister Kobaschi hatte ihm dabei für 30 000 Yen sekundiert.

Mit ihnen sind siebzehn Eisenbahndirektoren und Ministerialsekretäre der aktiven oder passiven Bestechung angeklagt, und der Skandal ist so übel, daß der Untersuchungsrichter bemerkt:

> „Die Korruption der politischen Parteien ist schlimmer als ich geglaubt hatte. Politiker wie Finanzmagnaten sind hier bloßgestellt. Das Gericht tut seine Pflicht. Aber so gründlich es auch vorgeht, seine Arbeit wäre vergeblich und die öffentliche Verwaltung bliebe gefährdet, wenn nicht das ganze Volk Besserung anstrebt.“

Darin hat er sehr recht. Denn der Prozeß gegen Ogawa, Kobaschi und Genossen ist nur ein besonders krasser, aber leider kein Ausnahmefall. Gleichzeitig mit ihm läuft der Prozeß gegen den früheren Gouverneur des Ordensamtes Amaoka wegen passiver und gegen zehn ordenssüchtige reiche Männer wegen aktiver Bestechung; gleichzeitig sichtet eine Untersuchungskommission Dutzende von Unterschleifen und Bestechungen, die sich beim Wiederaufbau Tokios ergeben haben; und darum gleichzeitig erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den General Yamannschi, der sich als Gouverneur von Korea verdächtig bereichert hat.

Die Korruption der Verwaltung ist in Japan zu einem so chronischen Uebel geworden, daß der Berichterstatter auch sie darstellen muß, um seinen Lesern ein wahrheitsgetreues Bild dieses bezaubernden und beängstigenden Landes zu geben. Mit der Schilderung übersonnter Kirschblüten ist es nämlich nicht getan; auch die uns leider gar nicht fremdartigen Verwaltungsskandale gehören ins Bild Japans.

Ja, diese Schatten sind für Japan charakteristischer als für unsere Heimat oder für irgendein westliches Land.

Der Hauptgrund dafür ist, daß die moderne Wirtschaftsordnung Japans recht jungen Datums ist und dem alten Feudalsystem fix und fertig aufgepropft wurde.

Völker alter kapitalistischer Ueberlieferung entwickeln in ihrem Staatskörper gewisse Schutzstoffe gegenüber der Korruption: äußere Kontrollen, innere Hemmungen. Ihnen ist die Erkenntnis vererbt, daß Geld so gefährlich ist wie verlockend.

Ein alter Fuchs geht selten an vergiftete Köder, ein junger unbedenklich. — Und Japan ist ein junger Fuchs im Umgang mit Geld.

Hinzu kommt, daß Japan auch ein junger Fuchs im Umgang mit dem Parlamente ist. Es ist hier nicht organisch gewachsen (wie in England) oder vom selbstbewußten Volk erkämpft worden (wie bei uns). Sondern: als Japan die Notwendigkeit erkannte, sich zu „modernisieren“, da führte es eben nebst Telefon und Eisenbahn und Industrie auch das parlamentarische Regierungssystem ein, ohne sich viel hin und her zu überlegen, wie das mit der bisherigen uralten Autokratie in Einklang zu bringen sei.

Das Ergebnis ist, daß alte Gewalten neben der neuen weiterbestehen, unterirdisch zwar, aber deshalb nicht minder mächtig. So daß das Parlament und die ihm verantwortlichen Minister ständig versteckten Einflüssen begegnen, die sie sich versöhnen müssen, um an der Macht zu bleiben. Nicht nur mit den milliardenreichen Familien der Großfinanz haben sie ihr Kompromiß zu machen, sondern auch mit den mächtigen Sippen des alten Adels. Dem deutschen Leser mag es unglaubhaft klingen — und doch trifft es exakt zu — daß noch heute im parlamentarisch regierten Japan eine Adelssippe — Satzuma — die Armee und eine andere — Choshin — die Kriegsflotte beherrscht. Und zwar in dem Maße, daß kaum ein Leutnant und gewiß kein höherer Offizier ernannt wird, der ihnen mißliebig ist.

Treviranus als Verkehrsminister?

von Guérard soll zurücktreten

In politischen Kreisen wird behauptet, daß Reichsverkehrsminister von Guérard, der der Zentrumspartei angehört, in einigen Wochen zurücktreten und aus dem Kabinett ausscheiden wird. An seiner Stelle soll Treviranus das Reichsverkehrsministerium übernehmen, während die Aufgaben des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, das jetzt Treviranus leitet, und das nach der endgültigen Räumung aufgelöst werden soll, bis zur Abwicklung der Geschäfte dem Reichsinnenministerium zugeteilt werden sollen.

Etwas Endgültiges ist darüber offenbar noch nicht beschlossen, aber die Nachricht hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist in Erinnerung, daß bei der Bildung des Kabinetts Brüning die Besetzung des Reichsverkehrsministeriums eine bedeutsame Rolle gespielt hat. Brüning wollte dieses Ministerium Treviranus anbieten, von Guérard sollte das Reichsministerium für die besetzten Gebiete übernehmen. Guérard hat sich aber dagegen gesträubt und darauf bestanden, in das Reichsverkehrsministerium zurückzukehren, weil ihn die Aufgaben dieses Ministeriums besonders interessieren.

Er hat damals seinen Willen auch durchgesetzt, aber eine starke Verstimmung im Zentrum hervorgerufen, die sich in einer Fraktionssitzung entlud. Man machte Guérard den Vorwurf, daß er das Ministerium für die besetzten Gebiete, das viele Jahre lang von Zentrumsministern verwaltet und als Parteibesitz betrachtet wurde, kurz vor der völligen Räumung des Rheinlandes und den Befreiungsfeiern aufgegeben hat. Das Zentrum legt Wert darauf, bei diesen Feiern führend hervorzutreten. Diese Verstimmung gegen Guérard ist nicht behoben; und wer die Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums im Hauptausschuß während der letzten Tage aufmerksam verfolgt hat, dem wird es aufgefallen sein, wie kühl und kritisch Guérard von den Zentrumsrednern behandelt worden ist.

Der Rücktritt Guérards und die Ueberleitung der Aufgaben des Ministeriums für die besetzten Gebiete an das Reichsinnenministerium, an dessen Spitze der Zentrumsmann Dr. Wirth steht, erklärt, was hinter den Kulissen vorgeht. Bei alledem ist es aber doch fraglich, ob das Zentrum ohne weiteres auf einen Sitz im Kabinett ohne Not verzichten und seine Stellung in der Regierung dadurch schwächen will. Man möchte annehmen, daß ein Portefeuille-Tausch innerhalb des Kabinetts erfolgen, daß das Zentrum aber seinen Besitzstand innerhalb des Kabinetts wahren wird.

Prinz „Auwi“ als Hitler-Rekrut

Der frühere Prinz August Wilhelm von Preußen, der jahrelang gemeinsam mit seinem Bruder Oskar dem Stahlhelm angehörte und bei allen Stahlhelm-Tagungen auftrat, soll zu der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei **übergetreten sein.**

0174